

Zum Meldegesetz

Liebe Mitbürger, Liebe Mitbürgerinnen,

letzte Woche hat das neue Meldegesetz in den Medien für erheblichen Wirbel gesorgt. Obwohl meine Kollegen und ich alle Fakten frühzeitig über Pressemeldungen bekannt gemacht haben, hat es eine ganze Woche gedauert, bis die Journalisten die Brisanz des Themas erkannt haben.

Was ist passiert? In der Föderalismuskommission 1 - also vor einigen Jahren schon - war vereinbart worden, die Zuständigkeit für das Meldewesen an den Bund zu übertragen. Nun hat die Bundesregierung einen Entwurf für das neue Melderecht vorgelegt, das die vielen länderspezifischen Einzelregelungen vereinheitlichen soll. Dieser Entwurf fand auch die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Nachdem die Koalition sich lange weigerte, das Gesetz auf die Tagesordnung zu setzen, legte sie unmittelbar vor der Beratung in den Fachausschüssen einen Änderungsantrag vor, der es in sich hatte: Damit wurden die Datenschutzregelungen hinter das zur Zeit geltende Recht zurückgeworfen.

Nun sollte ich als Bürgerin ausdrücklich erklären müssen, dass ich mein Recht (das mir das Grundgesetz garantiert) auch wahrnehmen will – anstatt mich lediglich dann äußern zu müssen, wenn ich auf mein Recht verzichte. Auch in vielen Fällen, bei denen die betroffene Person ausdrücklich der Datenweitergabe zu Werbezwecken widersprochen hat, sollte eine Nutzung durch die Werbewirtschaft möglich werden – ein eklatanter Verstoß gegen den Datenschutz.

Nachdem nun unsere Bedenken u.a. von mir sowohl im Unterausschuss Kommunales als auch im Innenausschuss vorgetragen wurden, hat die schwarz-gelbe Mehrheit diese Regelung trotzdem beschlossen.

Im Plenum hatten die Redenden aller Fraktionen vereinbart, nicht persönlich zu sprechen sondern die Reden zu Protokoll zu geben. Das sollte nicht die Regel sein. Wenn jedoch nicht debattiert wird, sind die Fachpolitikerinnen auch nicht im Plenum, die Voten der Fraktionen werden in solchen Fällen von den Geschäftsführenden stellvertretend für alle Fraktionsmitglieder abgegeben. Ich zum Beispiel habe zu der Zeit in meinem Büro gesessen und gearbeitet.

Was die Fachleute aller Oppositionsparteien jedoch gemacht haben ist, noch am nächsten Tag eine Pressemeldung zu den bürgerfeindlichen Änderungen zu verteilen. Meine Äußerung dazu stand einen Tag später auch auf meiner Homepage.

Was passiert jetzt? Da das Gesetz auch vom Bundesrat beschlossen werden muss, haben wir schon frühzeitig die Ansprechpartnerinnen der SPD-geführten Länder kontaktiert und eine Ablehnung vorbereitet. Das Meldegesetz wird also so nicht in Kraft treten. Nicht, weil die Presse es so wollte, sondern weil dies von der Opposition so vorbereitet wurde. Was bleibt von diesem Sommertheater, befürchte ich, ist jedoch ein durch die Art der Berichterstattung erzeugter Unmut gegenüber allen Politikern und Politikerinnen und somit auch wieder eine steigende Politikverdrossenheit. Ich hoffe, dem durch die etwas ausführlichere Darstellung ein wenig entgegenarbeiten zu können und wünsche uns allen eine erholsame Sommerzeit!

Ihre

K. Lehmann